

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 501 H

11. Januar 2014

39. Jahrgang

## Was für eine Woche...

Innerhalb von 24 Stunden werden in Berlin zwei Menschen erschossen. Offenbar geplant und ganz gezielt ausgeführt. Auftragsmorde. Vermutlich. Natürlich kann man erwidern, dass in anderen Metropolen auch häufig Morde verübt werden. Das ist allerdings genauso logisch wie die Argumentation, wenn ich mein Auto im absoluten Parkverbot abstelle, kann mir nichts passieren, weil dort schon andere stehen.

Morde an Unbekannten finden nur kurz Erwähnung in den Medien. Da haben prominente Opfer von Skiunfällen einen anderen Stellenwert. Oder, auch immer sehr beliebt, Streit in Regierungskoalitionen. Diese Woche wäre die Rot-Schwarze Koalition in Berlin fast am Ende gewesen. Wegen eines Flüchtlingscamps. Nicht ganz unschuldig an dem Dilemma ist eine Grüne Bezirksbürgermeisterin, die am Leid der Flüchtlinge natürlich keinen Spaß empfindet, schon aber an den Folgen für den Berliner Senat. „Stresstest“ nennt Innensenator und CDU-Chef **Frank Henkel** den Vorgang. Interessante Formulierung. Die jetzt gefundene Verabredung mit zeitlich unbegrenzten Gesprächen und wöchentlicher Berichterstattung durch die Integrationsministerin, ist geradezu lächerlich. Will man so lange auf die Flüchtlinge einreden, bis sie Ohrenschmerzen bekommen und vor uns davon laufen? Es muss eine menschenwürdige Lösung für die Flüchtlinge gefunden werden. Da hilft nicht reden, sondern handeln. Camps in der Stadt aufzubauen, ist auf Dauer wohl kaum ein akzeptabler Zustand, für alle Beteiligten.

Natürlich wird aber niemand den Stresstest zum Platzen bringen. SPD und CDU können daran kein Interesse haben. Allein, weil das beim Bürger schlecht ankommt. Außerdem, was bräuchte es? Die CDU liegt gegenwärtig bei 29, die SPD bei 26, Grüne bei 16 und die Linkspartei bei 17 Prozent. Rot-Grün mit 42 oder Rot-Rot mit 43 Prozent, würde für eine Regierungsbildung nicht reichen. Schwarz-Grün mit 45 wäre äußerst knapp. Also: Schwarz-Rot. Da würden sich die Genossen freuen.

Aber auch die neue Bundesregierung stresst sich gleich am Anfang ihrer Tätigkeit. Da denkt man, die klügsten Köpfe werden an die Spitze des Staates gestellt, Polit-Profis, und dann sind es doch nur Dilettanten, die die einfachsten Spielregeln nicht beherrschen. Während **Frank-Walter Steinmeier** den Außenminister so gibt, als hätte während der letzten vier Jahre nicht ein anderer auf dem Chefsessel im Auswärtigen Amt gesessen, und **Sigmar Gabriel** die Energiewende neu startet, als sei bisher absolut nichts auf diesem Feld geschehen, drängten sich der neue Justizminister **Heiko Maas** und Familienministerin **Manuela Schwesig** mit unausgegorenen Ideen in die Medien. Frontal sozusagen, ohne Ab- und Rücksprache. Maas' Stopp des Vorratsdatenspeichergesetzes wurde ebenso schnell wieder abgeräumt wie die 32 Stunden-Woche für berufstätige

ge Eltern von Frau Schwesig. Maas musste sich vom Innenminister belehren lassen, dass man jetzt in einer Großen Koalition zusammenarbeite und Frau Schwesigs Idee kanzelte der Regierungssprecher mit dem Prädikat „persönlicher Debattenbeitrag“ ab. Heftiger kann man nicht auf Maul kriegen. Was sind das für Leute, die uns derart in den Nachrichten belästigen? So schafft man es höchstens in die „heute-show“. Apropos: Schade, dass gerade jetzt diese Sendung Winterpause macht und erst am 24. Januar wieder zurück ins Programm kehrt. Die erste Folge be-  
dauerlicher Weise erst um 23.15 Uhr, statt 22.30 Uhr.

## Eurokraten nerven

Dass der Wahlkampf für Europa schon begonnen hat, merkt man in den Medien sehr deutlich. Am 25. Mai darf mal wieder gewählt werden, zum achten Male für Europa. Und erst einmal streiten sich unsere Politiker mit den Brüsseler Bürokraten herum. Ein beliebtes Thema ist immer das Geld. Und die Deutschen sind wieder der Meinung, dass sie die anderen mitfinanzieren.

Die Angst vor der Armutszuwanderung geht um. Darüber kann man streiten, und jeder hat seine Zahlen parat, die Pro und Contra belegen. Dass allerdings die EU-Kommission einen leichteren Zugang zu unseren Sozialleistungen fordert, geht zu weit. Immer wieder hört man, dass europäisches Recht mit deutschem nicht vereinbar sei. Dann muss man es anpassen, aber nicht zu Lasten der Mitgliedsstaaten. Die Zukunft Europas kann nicht darin liegen, dass ärmere zu den reicheren ziehen und ihr eigenes Land verödet zurücklassen. Kernpunkt muss sein, in allen europäischen Ländern gleiche Voraussetzungen für ein vernünftiges Leben zu schaffen. Was soll denn aus Rumänien werden, wenn alle hier und niemand mehr dort ist?

*„Nach den geltenden Regeln erhalten nur Arbeitnehmer und Selbständige Hartz-IV-Leistungen, nicht aber Migranten, die aus anderen Gründen ins Land kommen“,* schreibt die Süddeutsche Zeitung. *„Auch bei Zuwanderern, die nicht aktiv nach einer Arbeit suchen, muss demnach der Anspruch auf Hartz IV geprüft werden“,* sagte die Professorin für Sozialrecht an der Hochschule Niederrhein, **Dorothee Frings**, der SZ. Die Kommission betont in einem Schriftsatz, schreibt die SZ, *„das europarechtliche Gebot, dass EU-Bürger in der gesamten Union gleich behandelt werden sollen.“* Das mag das Ziel sein, wann auch immer, die Realität sieht gegenwärtig anders aus.

Auf der Internetseite „gegen-hartz.de“ lesen wir über einen anderen Vorgang, der verwundert. *„In bestimmten Konstellationen haben Eltern, die in Deutschland leben und hierzulande auch Sozialleistungen beziehen einen gesetzlichen Anspruch auf das Kindergeld, auch wenn die Kinder bei dem anderen Elternteil oder bei Verwandten im Ausland leben. Entscheidend dabei ist, dass das anspruchsberechtigte Elternteil in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist, das Kind in einem EU- oder EWR-Land lebt oder in einem Drittland, das mit Deutschland ein Abkommen über ‚soziale Sicherheit‘ (Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro, für die Türkei, Marokko und Tunesien) hat. Voraussetzung für die Gewährung des Kindergeldes ist jedoch, dass für das Kind im Ausland keine Leistungen gewährt werden, die dem Kindergeld vergleichbar sind.“* Wer soll und kann das kontrollieren?

Es soll also Kindergeld gezahlt werden für Kinder, die nicht in Deutschland leben? Wer garantiert, dass dieses Geld dem Kind zugute kommt? Ich weiß, dass alle Gutmenschen jetzt aufheulen werden, aber irgendwann ist auch mal Ende mit dem all zu großzügigen Verteilen von Sozialleistungen, die letztendlich der Steuerzahler aufbringt. Natürlich ist es für einen reichen Staat wie Deutschland selbstverständlich, dass wir Menschen in der ganzen Welt helfen. Das muss sich aber im Rahmen der eigenen Möglichkeiten abspielen. Man kann nur das geben, was man übrig hat. Und wie viel haben wir denn übrig? So lange es eine Art Sklavenhaltung der Job-Center mit Menschen gibt, die ihre Lebensqualität mit einer MAE-Maßnahme verbessern wollen, können wir keine gut gefüllte Wundertüte ausschütten.

## Menschenverachtendes Verhalten der Job-Center

Der Begriff „Mehraufwandsentschädigung“ allein ist mal wieder typisch deutsch. *„MAE ist eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme in Deutschland. Mit einer Arbeitsgelegenheit wird allgemein ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das Arbeitslose bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen soll, bezeichnet. Arbeitsgelegenheiten in diesem Sinne sind zusätzliche Beschäftigungen, die abseits vom bereits vorhandenen Arbeitsmarkt und mit Hilfe von öffentlichem Geld angeboten werden.“*

*„Ziel der Zusatzjobs ist, Langzeitarbeitslose wieder an den ‚Ersten Arbeitsmarkt‘ heranzuführen. Ob dieses Ziel erreichbar ist, ist umstritten. ‚MAE-Kräfte‘ gelten nicht als ‚arbeitslos‘ im Sinne des SGB III und werden somit nicht in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesen. Zusätzlich zum Arbeitslosengeld II (unverschämter Weise nach dem zwielichtigen Ex-VW-Boß Hatz benannt, Anm.d.Red.) wird die MAE gezahlt. Sie soll dem Alg-II-Empfänger die durch Ausübung des Zusatzjobs zusätzlich entstehenden Aufwendungen ersetzen, weil sie in der Regelleistung nicht berücksichtigt sind.“ Vergütung: zwischen 1,00 und 2,50 Euro pro Stunde. „Die Entschädigung stellt kein Arbeitsentgelt dar.“ Quelle: wikipedia.*

Der Umgang mit MAE-Menschen ist unter aller Sau. Dass sie nur für die geleistete Arbeit Geld bekommen, kann man einsehen. Im Krankheitsfall hat man ja noch die regulären Leistungen. Feiertage hassen viele MAE-Menschen, weil sie nicht arbeiten gehen können und keine Vergütung bekommen. Auch Urlaub ist Privatsache. Wenigstens in diesen Punkten könnte man großzügiger sein. Völlig inakzeptabel ist jedoch der Umstand, dass viele MAE-Menschen noch kurz vor Auslaufen der aktuellen Beschäftigung nicht wissen, ob diese fortgesetzt wird, sie woanders eingesetzt werden oder überhaupt nicht mehr weiter tätig sein können. Dieser Umstand ist menschenverachtend. Bleibt zu hoffen, dass sich die Mitarbeiter in den Job-Centern wenigstens dafür schämen.

## Heute schon geoutet?

Zum Schluss sollten wir uns noch mit einem anderen Aufregertema aus dieser Woche beschäftigen. Ich habe keine Ahnung von Fußball, die Abseitsregel hat sich mir nie erschlossen, und von **Thomas Hitzlsperger** hatte ich zuvor nie etwas gehört. Er hielt es für richtig, am Ende seiner Tätigkeit als Fußballspieler der Welt mitzuteilen, dass er schwul ist. Als **Klaus Wowereit** am 10. Juni 2001 auf dem Landesparteitag der SPD am Schluss seiner Nominierungsrede für das Amt des Regierenden Bürgermeisters den legendären Satz: „Ich bin schwul, und das ist auch gut so!“, sprach, war das vor allem ein Befreiungsschlag gegenüber der Dreckspresse, die dieses Thema schon auf dem Monitor hatte. Der Jubel im Saal war groß, so dass sich einige Genossen bemüht fühlten, schnell zu erklären, wie lange sie schon verheiratet und natürlich hetero seien. In all den Jahren sah sich **Klaus Wowereit** wegen seines Outings Schmähungen ausgesetzt und bis heute bekommt er schmutzige Briefe von nicht weniger werdenden intoleranten Menschen.

**Klaus Wowereits** Schritt war damals richtig. Den von **Thomas Hitzlsperger** verstehe ich nicht. Was soll das? Dass es schwule Fußballspieler gibt, ist mit Sicherheit so. Es gibt ja weltweit nur noch eine Organisation, in der das nicht der Fall ist, und das ist die Katholische Kirche. Die sexuelle Orientierung ist Privatsache und muss (noch) nicht im Personalbogen angegeben werden. Wann ist dieses Land endlich so weit, dass dieses Thema keins mehr ist?

Können wir es nicht einfach mit dem Alten Fritz halten: „Jeder soll nach seiner Façon selig werden.“

**Ed Koch**